



**Stadt Bern**  
Direktion für Bildung  
Soziales und Sport

Medienkonferenz Suchtpolitik der Stadt Bern 2007 - 2012  
vom Montag, 12. November 2007

**Referat von Frau GR Edith Olibet**  
**[Es gilt das gesprochene Wort.]**

### **Suchtpolitik der Stadt Bern 2007 – 2012: Ziele, Schwerpunkte und Massnahmen**

Einige von Ihnen mögen sich noch erinnern an die Zeit, als erbitterte drogenpolitische Konflikte zwischen links und rechts, zwischen Politik und Fachkreisen sowie zwischen Polizei und Sozialem tobten. Dies alles mit wenig Erfolg, aber viel negativen Konsequenzen für die Drogenkranken und die Bevölkerung der Stadt Bern.

Geschätzte Vertreterinnen und Vertreter der Medien  
Geschätzte Damen und Herren

Heute sitzen wir hier an einer gemeinsamen Medienkonferenz: der FDP-Polizeidirektor und die SP-Sozialdirektorin. Gemeinsam haben wir die neue Suchtstrategie der Stadt Bern erarbeitet und gemeinsam informieren wir Sie darüber. Damit setzen wir ein Zeichen und machen klar: Suchtpolitik ist keine Frage von Schwarz oder Weiss. Sondern sie hat viele Facetten und ist immer wieder eine Gratwanderung.

Heute haben wir einen suchtpolitischen Grundkonsens zwischen Polizei und Sozialem. Dabei handelt es sich nicht um eine spektakuläre Kehrtwende. Sondern es geht darum, das bewährte Vier-Säulen-Konzept weiterzuentwickeln, zu verfeinern und sie den neuen Phänomenen anzupassen.

Ich spreche gerne von der Vier-Säulen-Politik. Denn trotz aller Kritik – sie ist eine Erfolgsgeschichte. Ich will damit das sichtbare Drogenelend keineswegs verniedlichen und die Drogenproblematik keineswegs verharmlosen. Aber ich wehre mich gegen die derzeitige Miesmacherei. Die Fortschritte, die damit erzielt wurden, dürfen nicht einfach unter den Tisch gekehrt werden. Wenn wir das zulassen, reissen wir bloss alte Gräben wieder auf und begehen die alten Fehler. Ich weiss, dass die Politik vergesslich ist. Darum wiederhole ich es: Es war die Stadt Bern, die den Weg für die Vier-Säulen Politik geebnet hat. Darauf kann sie stolz sein.

„Die Bevölkerung der Stadt Bern geht mit Genuss- und Suchtmitteln kontrolliert und verantwortungsbewusst um.“ Das ist die Vision der Suchtpolitik 2007 – 2012. Sie umfasst gegenüber der bisherigen Politik zwei wesentliche Neuerungen: der Einbezug der legalen Suchtmittel bzw. die Umstellung von der Drogen- zur Suchtpolitik sowie die Befähigung zu rücksichts- und verantwortungsvollem Konsum:

Zum ersten Punkt: der Wechsel von der Drogen- zur Suchtpolitik

Das „Strategiepapier des Gemeinderats zur Drogenpolitik in der Stadt Bern“ aus dem Jahr 1991 beschreibt die vier Säulen der städtischen Drogenpolitik: Prävention, Therapie, Überlebenshilfe und Repression. Sie wurden später auf nationaler Ebene übernommen. Das Strategiepapier beschränkte sich auf illegale Drogen, legale Suchtsubstanzen blieben nahezu ausgeklammert. Doch dies ist nicht mehr sachgerecht. Tatsache ist, nicht nur der Konsum von illegalen Drogen ist problematisch, sondern auch der Konsum von legalen Suchtmitteln. Alkoholkonsum bereitet uns, der Gesellschaft, dem Staat riesige Probleme: seien dies rauschtrinkende Jugendliche, angetrunkene Autofahrerinnen und Autofahrer oder die Tatsache, dass bei Gewaltdelikten und Vandalismus oft Alkohol im Spiel ist.

Der Wechsel von der Drogen- zur Suchtpolitik bedeutet allerdings nicht, dass der Konsum illegaler Drogen vernachlässigt werden soll. Er bedeutet auch nicht, dass alle Suchtsubstanzen künftig in einen Topf geworfen werden. Die unterschiedliche Wirkung, die unterschiedliche rechtliche Regelung, das unterschiedliche Suchtpotenzial und auch die unterschiedlichen Konsummuster bedingen weiterhin eine

differenzierte Betrachtungsweise.

Zum zweiten Punkt: der Befähigung zu rücksichts- und verantwortungsvollem Konsum.

Das Strategiepapier von 1991 orientiert sich noch grundsätzlich an der Drogenabstinenz. Die neue Suchtstrategie verfolgt diese Vision oder vielmehr Illusion einer drogenabstinenten Bevölkerung nicht mehr. Unsere Strategie zielt darauf, dass der Mensch mit Sucht- und Genussmitteln kontrolliert und rücksichtsvoll umgeht.

Also eine Resignation der Politik vor der heutigen Drogengesellschaft? – Nein, keineswegs! Für uns ist ausschlaggebend, ob jemand mit seiner Sucht sich selber oder seine nähere Umgebung gefährdet oder negativ beeinträchtigt. So ist klar: Sind Bevölkerungsgruppen wie Kinder und Jugendliche tangiert, gibt es nur eines: volle Abstinenz

Verantwortung gegenüber sich selber und der Umgebung sind die Leitplanken der neuen Suchtpolitik. Wo sie nicht respektiert werden, muss die öffentliche Hand eingreifen und Gegensteuer geben. Sie muss die Konsumentinnen und Konsumenten zu einem kontrollierten und rücksichtsvollen Umgang anhalten und gleichzeitig die Bevölkerung vor negativen Auswirkungen zu schützen.

Die Stadt Bern hat ein vielfältiges Suchthilfeangebot. In den nächsten fünf Jahren wollen wir einzelnen Bereichen mehr Gewicht geben. Das gilt vor allem für die Prävention und die Schadensminderung. Mit gezielten Massnahmen werden wir dafür sorgen, dass die Jugendschutzbestimmungen eingehalten werden und dass die Früherfassung bei Jugendlichen verbessert wird.

Bei der Schadensminderung gilt es, das Alkistübli an seinem neuen Standort zum Funktionieren zu bringen. Das Wohnangebot für Schwerstabhängige soll optimiert sowie das Angebot der Kontakt- und Anlaufstellen überprüft und angepasst werden. Hier ist der Handlungsspielraum der Stadt Bern eingeschränkt. Nach heutiger Aufgabenteilung sind die Suchthilfeangebote hauptsächlich kantonal finanziert und

gesteuert. Auf die Kontakt- und Anlaufstelle kann die Stadt Bern daher – wie auf viele andere Suchthilfeangebote in der Stadt Bern – nur indirekten Einfluss nehmen.

Das heisst: Von entscheidender Bedeutung ist eine gute Zusammenarbeit zwischen der Stadt und der GEF. Dank dieser konnten gewisse Änderungen bei der Anlauf- und Kontaktstelle zusammen mit der Stiftung Contact Netz bereits umgesetzt werden. Stichworte dazu sind: Sonntagsöffnungszeiten, Notmassnahmen zur Erhöhung der Konsumplätze. Anderes aber muss noch zwingend verbessert werden, etwa die schwierige Situation während der Frauenanlaufstelle am Montagabend (17.30 – 21.30 Uhr).

Nebst Prävention, Therapie und Überlebenshilfe ist auch die vierte Säule von entscheidender Bedeutung, nämlich die Repression. Polizeidirektor Stephan Hügli wird näher darauf eingehen.

Erlauben Sie mir, zur Repression Folgendes zu betonen: Die Repression gehört zur Vier-Säulen-Politik genauso wie alle anderen drei Säulen. Ohne Repression gibt es keinen drogenpolitischen Konsens, ohne Repression verliert die Drogenpolitik ihr Gleichgewicht, ihre Wirkung und damit ihre Legitimation. Das sage ich aus Überzeugung und aus Erfahrung als Sozialdirektorin.

Das mag für Sie ungewöhnlich klingen; aber gerade als Sozialdirektorin bin ich daran interessiert, dass in bestimmten Situationen repressiv vorgegangen wird. Wenn die Prävention wirkungsvoll und die Schadensminderung effektiv sein soll, brauche ich parallel dazu auch repressive Massnahmen. Was nützt es, wenn der Alkoholverkauf an Jugendliche verboten ist, dies aber niemand kontrolliert? Was nützt es, Wohn- und Beschäftigungsprojekte für Schwerstabhängige zu schaffen, wenn sie nicht genutzt werden, weil man lieber auf der Gasse herumhängt? Hier muss mit repressiven Massnahmen der Druck auf Alkoholverkaufsstellen erhöht werden. Hier muss mit Zwangsmitteln dafür gesorgt werden, dass sich Dealer und Drogenabhängige nicht breit machen auf der Gasse.

Selbstverständlich braucht es dazu die Polizei. Der Gemeinderat hat den Polizeidirektor daher schon vor einiger Zeit beauftragt, die Polizeipräsenz an den neuralgischen Punkten zu erhöhen. Die Polizei hat die volle Unterstützung des Gemeinderats bei ihrer Arbeit. Für uns ist ganz klar: Es darf sich keine offene Drogenszene bilden, ein Fixen in der Öffentlichkeit darf es nicht geben. Dass wir es damit ernst meinen, haben wir mit unserem Vorgehen gegen die Gassenküche bewiesen.

Für den Gemeinderat ist auch klar, dass die Polizei mit den notwendigen Mitteln ausgestattet sein muss. Womöglich ist es daher nötig, einen Nachtragskredit für den zusätzlichen Polizeieinsatz zu beantragen. Das ist uns bewusst. Aber wenn wir sagen, Repression gehört zum Vier-Säulen-Prinzip und wir in der Situation sind, dass wir mehr Repression brauchen, um die Situation wieder ins Gleichgewicht zu bringen, dann nehmen wir die Mehrkosten auch in Kauf.

Ich komme zum Schluss und wieder zum Anfang: Die neue Suchtstrategie 2007-2012 ist eine Fortentwicklung der bewährten Stadtberner Drogenpolitik. Sie stützt sich auf die Vier-Säulen-Politik und baut darauf, dass jede dieser Säulen zu gleichen Teilen die Suchtpolitik trägt. Nur wenn dies gewährleistet ist, entfaltet sie auch ihre Wirkung im Interesse der Bevölkerung und der Betroffenen.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.